

22.3.22
M. Baller

Dringliche Interpellation, Andrea Meppiel, SVP Hofstetten-Flüh, 21.3.22

Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingskindern an den Schulen

Begründung Dringlichkeit:

Die Fragen müssen auf Grund der aktuell stark steigenden Zahl an Flüchtlingen aus der Ukraine und der raschen Einschulung deren Kinder jetzt geklärt werden. Damit wird eine optimale Vorbereitung der Schulen/ Gemeinden und ein möglichst einheitliches Vorgehen ermöglicht, sowie die nötigen Ressourcen bereitgestellt.

Interpellationstext:

Auf Grund der aktuellen Kriegs-Situation in der Ukraine sind wir mit einer hohen Anzahl an Flüchtlingen konfrontiert. Gemäss Bundesrätin Karin Keller-Sutter werden bis zu 50'000 Schutzsuchende erwartet, Marcel Suter, Präsident der Vereinigung der Kantonalen Migrationsbehörden (VKM) spricht gar von über 100'000 Flüchtlingen. Bis heute (Montag, 21.3.22, 12:00 Uhr) wurden in der Schweiz bereits 11'021 ukrainische Flüchtlinge registriert. Der Kanton Solothurn hat gemäss Wochenblatt vom 17.3.22, zusammen mit den Gemeinden, bisher 210 zusätzliche Plätze bereitgestellt, sowie eine „Arbeitsgruppe Ukraine“ mit Vertretern verschiedener kantonaler Stellen, dem VSEG, den Sozialregionen und der Firma ORS Service AG aufgestellt.

Parallel sind wir aber in den Gemeinden auch mit der Situation konfrontiert, dass Privatpersonen den Flüchtlingen Hilfe anbieten, diese an der Grenze abholen und privat unterbringen. Diese Abläufe sind aktuell weitgehend unkoordiniert.

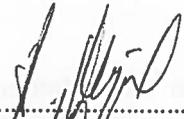
Bei den Flüchtenden handelt es sich gemäss SEM (Staatssekretariat für Migration) bei rund 40% um Minderjährige. Damit werden nach Schätzungen der BAZ vom 19.3.22 bald bis zu 10% mehr Kinder in den Klassenzimmern sitzen (offizielle Schätzungen gibt es nicht). Die Schulen haben damit eine Schlüsselrolle in der Integration und sehen sich nun mit einigen grösseren Herausforderungen konfrontiert: Lehrkräftemangel (insbesondere Deutsch als Zweitsprache, DaZ), Sprachbarrieren, anderes Alphabet (kyrillisch), Mangel an Schulraum, Online Unterricht (aus der Ukraine), höherer Anforderungen an Schulsozialarbeit und SPD (Kriegs-/Fluchtraumata).

Aufgrund der aktuellen Geschehnisse bitte ich den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

- 1) Mit welchen Massnahmen und Hilfsmitteln (z.B. Dolmetscher, spezifisches Schulmaterial, Übersetzungshilfen für Elterninformationen, Tools für Online-Unterricht etc.) unterstützt der Kanton die Gemeinden bei der Integration der ukrainischen Flüchtlingskinder in den Schulen und zu wessen Lasten gehen die anfallenden Kosten?
- 2) Wie wird sichergestellt, dass die Schulen nicht mit enormem zusätzlichem bürokratischem Aufwand belastet werden?
- 3) Unterstützt der Kanton die Schule bei der Suche nach DaZ-Lehrpersonen (z.B. kantonaler oder interkantonaler Pool)?
- 4) Werden zusätzliche DaZ Lektionen seitens des Kantons gesprochen? Wenn nein, wie wird sichergestellt, dass die bisherigen Kinder mit DaZ Schulungsbedarf weiterhin eine angemessene Anzahl Lektionen erhalten?
- 5) Ist dafür gesorgt, dass vom SPD genügend Kapazität für die Betreuung der Kinder mit Kriegstraumata zur Verfügung steht?

- 6) Wie wird sichergestellt, dass an den Schulen einheitliche Abläufe und Massnahmen angewendet werden?
- 7) Welche zusätzlichen Kosten übernimmt der Kanton, welche sind für die Gemeinden zu erwarten?
- 8) Welche Lösungsansätze sieht der Kanton bei akutem Schulraummangel auf Grund der Klassengrössen in den Standorten vor?

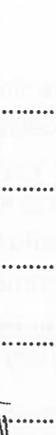
Unterschriften:

1. 99 

2. 97 

3. 3 Currel 98

4. 100 H. Ledi

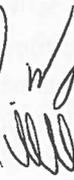
5. 72 

f. Flamm 73

74. W. Perti

94 S. Stöckli

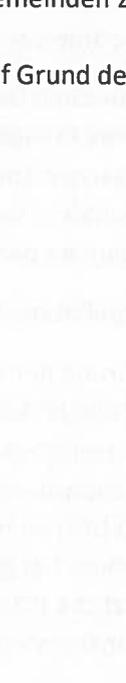
25 

44 

37 K. Kunz

43 Müller

 38

 T. Kiger
12
 11

13 

96 

95 

79 T. Mühlemann